

Eine freie Gesellschaft lebt von der offenen Debatte

Papier des FDP-Bundesvorsitzenden Christian Dürr

Immer mehr Menschen in Deutschland haben das Gefühl, ihre Meinung nicht mehr frei äußern zu dürfen, ohne Konsequenzen zu riskieren - und der Staat selbst hat diese Wahrnehmung durch eine verschärfte Rechtslage und die Etablierung von Meldestellen befeuert. Wo Menschen Angst haben, ihre Meinung zu sagen, stirbt die Freiheit nicht durch ein Verbot, sondern durch Selbstzensur. Diese Entwicklung ist Gift für eine liberale Gesellschaft, die nicht von Schweigen lebt, sondern von Widerspruch und offener Debatte. Wer Menschen einschüchtert, weil sie sagen, was sie denken, zerstört das Herz unserer liberalen Demokratie. Das wollen wir Freie Demokraten nicht zulassen – und fordern deshalb radikale Änderungen im Umgang mit der Meinungsfreiheit in Deutschland.

1. Abschaffung des § 188 StGB – Gleiche Meinungsfreiheit für alle

Statt – wie jetzt sogar von Justizministerin Hubig vorgeschlagen – die Rechtslage weiter zu verschärfen, muss der von Union und SPD eingeführte Sonderstraftatbestand „Beleidigung von Personen des politischen Lebens“ ersatzlos gestrichen werden. In einer liberalen Demokratie müssen alle Bürgerinnen und Bürger gleichbehandelt werden, es darf keine Sonderrechte für Politiker oder weitere Berufsgruppen geben. Wer Verantwortung trägt und Entscheidungen für unser Land trifft, muss auch schärfere Kritik aushalten. Das unterscheidet offene Gesellschaften von autoritären. Die allgemeine Beleidigungsnorm (§ 185 StGB) reicht daher völlig aus, um persönliche Angriffe zu ahnden, ohne Sonderrechte für Amtsinhaber.

2. Reform der Rechtslage für Hausdurchsuchungen

Hausdurchsuchungen dürfen nur noch beim Verdacht schwerwiegender Straftaten erfolgen. Der Staat darf nicht länger in Wohnungen eindringen, weil jemand einen Tweet schreibt oder eine pointierte Kolumne veröffentlicht. Nicht zuletzt der Fall des Medienwissenschaftlers und Publizisten Norbert Bolz hat gezeigt, dass einschüchternde staatliche Grundrechtseingriffe heute selbst bei weniger relevanten Äußerungen erfolgen - während der Staat bei konkreter Gefahr für Leib und Leben vieler Menschen zu behäbig reagiert, wie im Falle des Attentäters von Magdeburg. Ein liberaler Rechtsstaat muss Maß und Mitte wahren: Polizei und Justiz sollen sich auf reale Gefahren konzentrieren, wie Terrorismus oder Gewaltverbrechen, und nicht den freien öffentlichen Diskurs kriminalisieren. Die Voraussetzungen für Hausdurchsuchungen müssen gesetzlich verschärft werden, damit Staatsanwälte und Ermittlungsrichter in ihren Entscheidungen klarer differenzieren können, wann eine Hausdurchsuchung dringend geboten ist und wann sie einen unverhältnismäßigen Eingriff darstellen würde. Der Staat muss sich auf echte Sicherheitsbedrohungen konzentrieren können, nicht auf politische Symbolfälle.

3. Abschaffung staatlicher Meldestellen – gegen eine Kultur der Denunziation

Staatlich geförderte oder unterstützte Meldestellen („gegen Hass und Hetze“), wie etwa die Meldestelle der schwarz-roten Landesregierung in Hessen, müssen abgeschafft werden. Denn diese Portale fördern eine Kultur der gegenseitigen Überwachung. Statt Zivilcourage und offener Diskussion entsteht ein Klima der Angst und des Misstrauens. Eine freie Gesellschaft braucht keine Meldeportale – sie braucht Bürgerinnen und Bürger, die streiten, widersprechen und eigenständig denken. Strafbare Inhalte werden ohnehin von den Strafverfolgungsbehörden verfolgt und können über Polizei und Justiz zur Anzeige gebracht werden. Dafür braucht es keine parallelen Strukturen, die geradezu dazu aufrufen, unerwünschte Meinungen zu melden. Besonders problematisch ist es, dass dabei teilweise sogar gezielt Meinungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze gemeldet werden, um legitime, aber unliebsame Meinungsäußerungen an den Pranger zu stellen. Portale, die so vorgehen, dürfen unter keinen Umständen weiter mit Steuergeld gefördert werden.

4. Stopp der geplanten Chatkontrolle

Die Bundesregierung muss sich in Brüssel dafür einsetzen, dass die Pläne von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für eine Chatkontrolle endgültig zurückgezogen werden. Der vorliegende Vorschlag, ob in der ursprünglichen Fassung der EU-Kommission oder im letzten Kompromiss, gefährdet die digitale Privatsphäre von Millionen von unbescholtenen Bürgerinnen und Bürgern. Die Einführung von Technologien zur Chat- und Kommunikationsüberwachung wäre ein Dammbruch für die digitale Grundrechtearchitektur in Europa.

Fazit

Wenn eine Mehrheit der Deutschen den Eindruck gewonnen hat, man könne seine Meinung nicht mehr frei äußern, ist das ein alarmierendes Signal für eine liberale Gesellschaft. Und wenn die schwarz-rote Regierung darüber hinaus weitere Eingriffe in unsere Bürgerrechte plant, läuft etwas grundlegend falsch. Der Koalitionsvertrag enthält bereits beunruhigende Passagen, etwa das geplante Verbot sogenannter Falschbehauptungen.

Eine freie Gesellschaft darf sich aber nicht durch Angst, Kontrolle oder moralische Bevormundung leiten lassen. Sie lebt von Vertrauen in mündige Bürgerinnen und Bürger, von offener Debatte und der Kraft des Arguments. Die Aufgabe des Staates ist es nicht, Meinungen zu regulieren, sondern die Freiheit zu schützen, sie zu äußern. Deshalb fordern wir Freie Demokraten einen klaren Kurswechsel: weg von Misstrauen und Überwachung, hin zu Selbstverantwortung und echter Liberalität. Nur wenn wir die Freiheit der Meinung konsequent verteidigen, auch und gerade dann, wenn sie unbequem ist, bleibt Deutschland eine offene, demokratische und lebendige Gesellschaft.